

Zu mir oder zu dir?

Wohin mit dem deutschen Atommüll? Behörden suchen ein Lager – Kernfragen bleiben ungelöst.

Als in Deutschland vor sechs Jahrzehnten die ersten Atomkraftwerke hochfuhren, wussten die Verantwortlichen aus Industrie und Politik auf die Frage nach dem Verbleib des hochgefährlichen radioaktiven Mülls keine Antwort. Sie begnügten sich mit dem Verweis auf zukünftige Technologien. Der wissenschaftliche Fortschritt würde das Problem schon rechtzeitig lösen. Science-Fiction!

Dabei ist es bis heute geblieben. Weltweit gibt es keine langfristige Lagerstätte für den Jahrtausende lang stark strahlenden Müll. Obwohl die Frage, wie und ob die Radioaktivität dauerhaft eingeschlossen werden kann, ungeklärt ist, läuft das Geschäft mit der Atomkraft weiter. Auch hierzulande wächst der Atommüllberg nach wie vor. Die Ausstiegsbeschlüsse in 2001 und 2011 haben nichts daran geändert, dass die Bundesrepublik auch heute noch zweitgrößter Atommüllproduzent in der EU ist. Nur Frankreich toppt die hiesige Atomindustrie. In Deutschland sind noch sieben Meiler am Netz, obwohl sie nicht gebraucht werden, um den Energiebedarf zu sichern. Erst Ende 2022 – nach mehr als 20 Jahren „Atomastieg“ – werden die letzten AKW abgeschaltet; sofern die Betreiber dann nicht doch noch einen Weg finden, dies zu verhindern.

Die Atomkonzerne hinterlassen allein in Deutschland insgesamt 17.000 Tonnen hochradioaktiven Müll. „Hinterlassen“ trifft es dabei ziemlich genau: Denn die Betreiberkonzerne haben sich 2017 mit staatlicher Rückendeckung für alle Zeiten aus der Verantwortung für den Atommüll



Fotocredit: Judith Bender – stock.adobe.com

gekauft. 24 Milliarden Euro hat sie das gekostet. Wieder einmal haben sie alle über den Tisch gezogen. Denn das Geld, das jetzt in einem Fonds angelegt ist, wird nicht reichen, um die Mammut-Aufgabe zu bewältigen – das ist völlig klar. Good-bye Verursacherprinzip! Atommüll ist von nun an Gemeingut – in jeder Hinsicht. Nur wohin damit?

Der Bundestag hat 2017 mit dem Standortauswahlgesetz (StandAG) beschlossen, die Erforschung unterschiedlicher Lagerungsoptionen nicht zu vertiefen. Das spart Zeit und Geld. Stattdessen suchen staatliche Behörden jetzt konkret nach einem Standort in Deutschland, an dem der hochradioaktive Müll einige Hundert Meter tief in der Versenkung verschwinden soll. Bei der Asse und in Morsleben ist die Methode bereits gescheitert. In Gorleben hat die Bevölkerung bislang verhindert, dass der Atommüll in dem ungeeigneten Salzstock landet. Eine Neuauflage des staatlichen Trial-and-Error-Prinzips wird dem Gefährdungspotenzial nicht gerecht – Atommüll erlaubt keine Fehler.

Am deutlichsten werden das wohl die Menschen in den infrage kommenden Regionen spüren. Dort, wo die Formationen aus Salz-, Ton- oder Kristallingestein vorkommen, nach denen die Behörden jetzt fahnden. Für sie, die Betroffenen, wird die Suche nach dem Atommüll-Lager existentiell. Sie werden Antworten auf die Fragen einfordern, denen die Verantwortlichen des Atommüll-Dilemmas stets ausgewichen sind.

Total verfahren!

In Gorleben hat der Staat versagt. Das neue Suchverfahren verspricht keine Besserung.



Fotocredit: Christina Palitzsch – .ausgestrahlt

Im Jahr 1977 wurde der Salzstock Gorleben als zukünftiges tiefengeologisches Lager für hochradioaktiven Müll bestimmt. Bereits nach wenigen Jahren stand fest, dass der Standort ungeeignet ist, weil das Salz direkten Kontakt zum Grundwasser hat. Der Staat hielt dennoch an dem Vorhaben fest und setzte den Ausbau des Salzstockes fort.

Nur der beharrliche Widerstand im Wendland verhinderte ein Fiasko. 2011 verständigten sich Bund und Länder darauf, ein neues Suchverfahren zu starten. 2013 wurden die Arbeiten in Gorleben eingestellt – endgültig aufgegeben ist der Standort jedoch nicht. Im gleichen Jahr beschloss der Bundestag ein erstes Suchgesetz. Dieses sah vor, dass eine Kom-

mission das Verfahren überdenken und Kriterien vorschlagen sollte, nach denen der endgültige Standort ausgewählt werden soll. Daraus entstand 2017 das eigentliche Standortauswahlgesetz (StandAG).

Die neue Suche erfolgt nach dem Ausschlussprinzip. Zunächst sind alle Gebiete relevant, in denen Gesteinsformationen aus Ton, Salz oder Kristallin vorkommen. Dann wird in einem mehrstufigen Verfahren anhand geologischer Kriterien ausgesiebt.

Die erste in 2017 gestartete Suchphase findet am Schreibtisch statt. Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE), die das Verfahren durchführt, wertet dabei ausschließlich bereits vorhandene Geodaten aus. Diese Informationen wurden jedoch fast ausnahmslos nicht im Zusammenhang mit der Lagerung von Atommüll erhoben. Vielmehr sind sie größtenteils Abfallprodukte von

Bohrungen und Messungen zu wirtschaftlichen Zwecken. Entsprechend ist die Datenglage sowohl regional als auch qualitativ sehr unterschiedlich. Ergänzende Erkundungen sind im Gesetz nicht vorgesehen. Auch dann nicht, wenn aufgrund fehlender Informationen keine Bewertung eines Gebietes möglich ist.

2020 will die BGE eine erste Eingrenzung der infrage kommenden Regionen veröffentlichten – solange tappt die Bevölkerung im Dunkeln. Die Betroffenen werden vor vollendete Tatsachen gestellt. Am Ende der ersten Phase bestimmt der Bundestag, welche Standortregionen im weiteren Verfahren übertätig erkundet werden, etwa durch Probebohrungen, Radar oder seismische Messungen. Voraussichtlich werden das etwa sieben bis neun Regionen sein. Die BGE veranlasst erste Erkundungsarbeiten in diesen Gebieten und siebt anhand der

gesetzlich festgelegten geologischen Kriterien (Tiefe, Erdbebenrisiko, Gebirgsdichte, u. a.) weiter aus. Im nächsten Schritt können auch wirtschaftliche Aspekte (Frackingvorhaben, vorhandene Bodenschätze, u. a.) darüber entscheiden, ob eine Region aus dem Verfahren fällt.

Der Bundestag beendet die zweite Phase mit der Festlegung von mindestens zwei Standorten, die untertätig erkundet werden. Einer dieser Orte wird dann schließlich per Parlamentsbeschluss zum Atommüll-Lager bestimmt. Der gesetzliche Termin dafür ist 2031 – doch, dass dieser eingehalten werden kann, glaubt wohl niemand wirklich.

Übrigens: Die Standortentscheidungen des Bundestags sind rechtlich nicht an die Ergebnisse des Suchverfahrens gebunden – das Parlament kann theoretisch unabhängig agieren und einen ganz anderen Standort aus dem Hut zaubern.

ATOMMÜLL-WISSEN

1.900

Castor-Behälter mit hochradioaktivem Müll hinterlässt die deutsche Atomindustrie nach 2022. Jeder Castor umfasst bis zu zehn Tonnen abgebrannter Brennelemente oder strahlender Abfälle aus der Plutonium-Abtrennung.

0 GRAMM

des von 1960 bis heute in Deutschland produzierten Atommülls sind bisher sicher entsorgt.

FÜR 40 JAHRE

ist die Dichtheit der Castor-Behälter laut ihrer Zulassung gewährleistet. Wie es danach weitergeht, ist ungeklärt.

24.000 JAHRE

ist die Halbwertszeit des hochgiftigen Plutoniums, das im Atommüll enthalten ist. Dann ist die Hälfte radioaktiv zerfallen. Nach weiteren 24.000 Jahren, ist noch ein Viertel vorhanden. Und so weiter ...

129

Landkreise und kreisfreie Städte in Deutschland könnten von der Suche nach einem tiefengeologischen Lager für hochradioaktiven Atommüll betroffen sein, da es auf ihrem Gebiet oder in direkter Nachbarschaft entsprechende Gesteinsformationen gibt (Karte auf Seite 3).



WUSSTEN SIE, DASS ...



... keiner der 31 Staaten, die Atomkraftwerke betreiben, bisher ein langfristiges Lager für hochradioaktiven Atommüll in Betrieb genommen hat?



... beim Abriss von AKW riesige Mengen leicht strahlender Abfälle in Müllverbrennungsanlagen, auf Bauschutt-Deponien, im Straßenbau oder sogar im Altmittel-Recycling landen? So kann das Material für Bratpfannen oder Zahnschienen direkt aus dem Reaktor stammen.

... es selbst nach den optimistischsten Zeitplänen bis etwa zum Jahr 2080 dauern wird, bis der hochradioaktive Atommüll unter der Erde ist? Doch die Genehmigungen für die Zwischenlager-Hallen und die Castor-Behälter laufen bereits in den 30er und 40er Jahren aus. Damit bekommen also nicht erst unsere fernen Nachkommen, sondern schon die nächste Generation ein riesiges Problem mit dem Atommüll.



... der bis 2022 in Deutschland verursachte schwach- und mittelradioaktive Atommüll 600.000 Kubikmeter umfasst? In Fässer verpackt und nebeneinander aufgestellt entspricht das der Fläche von 107 großen Bundesliga-Fußballfeldern.



... die beschlossene Bergung von über 126.000 Atommüll-Fässern aus dem vom Absaufen bedrohten Salzbergwerk Asse bei Wolfenbüttel (Niedersachsen) erst ab 2033 starten soll und mindestens sechs Milliarden Euro kosten wird, bezahlt von der Allgemeinheit?

Pi mal Daumen

So wissenschaftlich ist die Atommülllager-Suche.

Der Gesetzgeber behauptet, die Atommülllager-Suche sei ein wissenschaftliches Verfahren. Aber stimmt das auch? TESTEN SIE SELBST!

1. Das Atommüll-Lager soll für eine Million Jahre Schutz und Sicherheit gewährleisten, fordert das Standortauswahlgesetz (StandAG). Geolog*innen können zwar anhand der Beschaffenheit von Gesteinsformationen die Vergangenheit rekonstruieren und Abschätzungen über zukünftige geologische Entwicklungen vornehmen. Sie können jedoch keine exakten Vorhersagen über eine Million Jahre treffen. Die Zahl ist willkürlich gewählt. Eine Beruhigungspille für die Bevölkerung, die nicht das Mögliche erfasst, sondern das, was angesichts der langen Halbwertszeiten einiger Radionuklide unbedingt nötig wäre.

WISSENSCHAFTSBASIIERT oder POLITISCH MOTIVIIERT?

2. Das StandAG fordert die „bestmögliche“ Lagerung des Atommülls und begrenzt das Verfahren zugleich auf eine ganz bestimmte Methode: Die Lagerung in einem Bergwerk in einigen Hundert Metern Tiefe in Salz-, Kristallin- oder Tongestein. Dabei bestehen von wissenschaftlicher Seite erhebliche Sicherheitsbedenken. Denn bislang sind fast alle tiefengeologischen Lagerstätten havariert. Eine hinreichende Erforschung und Überprüfung alternativer Lagerungsmethoden ist nie erfolgt.

WISSENSCHAFTSBASIIERT oder POLITISCH MOTIVIIERT?

3. Standort Gorleben: Bei der Formulierung der geologischen Kriterien durch die Atommüll-Kommission galt die Direktive, dass kein Kriterium zu einem sofortigen Ausschluss Gorlebens führen dürfe. Der Anspruch der Wissenschaftlichkeit wurde dem politischen Willen untergeordnet, um die Standort-Option Gorleben zu erhalten.

WISSENSCHAFTSBASIIERT oder POLITISCH MOTIVIIERT?

4. Vertreter*innen verschiedener Bundesländer haben die Debatten in der Atommüll-Kommission genutzt, um aktiven Gebietsschutz zu betreiben. Entsprechend der geologischen Gegebenheiten in ihrem Land haben sie versucht, bestimmte Kriterien durchzusetzen oder zu verhindern. Dadurch konnten keine geologischen Kriterien aufgestellt werden, die eine gleichwertige Betrachtung der unterschiedlichen Gesteinsarten ermöglichen würden. Das Ergebnis sind politische Formelkompromisse statt wissenschaftliche Klarheit; vage Kriterien, mit denen sich jeder Standort rechtfertigen lässt, wenn er politisch gewollt ist.

WISSENSCHAFTSBASIIERT oder POLITISCH MOTIVIIERT?

5. Bevor erste Erkundungen stattfinden, sind voraussichtlich viele Gebiete bereits aus dem Verfahren ausgeschlossen, ohne dass aussagekräftige Informationen über ihre geologische Eignung vorliegen. Weite Teile Deutschlands sind tiefengeologisch kaum erforscht. Ist die vorhandene Datenlage zu einzelnen Regionen schlecht, kann der Bundestag sie aus dem Verfahren nehmen – obwohl sie vielleicht besser geeignet wären als andere Gebiete.

WISSENSCHAFTSBASIIERT oder POLITISCH MOTIVIIERT?

6. Der Aspekt der Rückholbarkeit des eingelagerten Atommülls spielt aufgrund der Erfahrungen mit der Asse eine große Rolle in der öffentlichen Debatte. Das StandAG begrenzt die Rückholbarkeit auf die Dauer der Einlagerungs-Phase. Danach soll die Bergung des Atommülls für 500 Jahre lang möglich sein. Die Bedingungen sind jedoch völlig ungeklärt. Auch gibt es bislang keinen Behälter, der für ein halbes Jahrtausend Dichtigkeit gewährleistet.

WISSENSCHAFTSBASIIERT oder POLITISCH MOTIVIIERT?

Was Betroffene mitmachen

Behörden sprechen von Beteiligung. Dahinter steckt nur eine Werbekampagne.

Schatz, bringst Du bitte mal den Müll runter?“, steht auf dem klassisch anti-atom-gelben Ausstellungskontainer, mit dem das Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit (BfE) in deutschen Großstädten über die Atommülllager-Suche informiert.

Witzige Sprüche, knallige Baumwolltaschen, schicke Broschüren – so gar nicht behördenmäßig, das kommt gut an auf der Straße. Öffentlichkeitsarbeit hat bei der Atommüllbehörde einen hohen Stellenwert. Sie soll für Vertrauen und Akzeptanz in der Bevölkerung sorgen – spätestens dann, wenn der Bundestag eines Tages beschließt, wo in Deutschland der ganze Atommüll landet.

In Gorleben haben Staat und Behörden gelernt, dass

Knüppel und Wasserwerfer nicht dagegen ankommen, wenn breite Teile der Bevölkerung sich mit den Betroffenen am Standort solidarisieren.

Ein zweites Gorleben, das will niemand. Deshalb setzt der Staat eine PR-Maschine in Gang, die die Öffentlichkeit davon überzeugen soll, die Standort-suche sei wissenschaftlich und fair.

„Die Bevölkerung von Anfang an mitnehmen“, lautet einer der Grundsätze zur Standort-suche – die frühzeitige „Mitnahme“ ist jedoch tatsächlich eine Abwehrmaßnahme gegen befürchtete Proteste. Es ist der Versuch, ein breites gesellschaftliches Bündnis gegen die Standort-gemeinde zu schließen, die der Staat am Ende zum Atommüll-Lager erklärt. Ob dieser

Standort geeignet ist oder nicht, spielt dann keine Rolle mehr.

Partizipation – eine Mogelpackung

Zur Öffentlichkeitsarbeit des BfE gehören auch „Beteiligungsverfahren“ in den betroffenen Regionen. Das Standortauswahlgesetz (StandAG) bezeichnet die Atommülllager-Suche sogar per se als „partizipatives Verfahren“. Doch der gesetzliche Rahmen lässt nur zwei Instrumente zu: Information und Anhörung. Dies ist das Mindestmaß an Beteiligung, das der Staat seinen Bürgerinnen und Bürgern aufgrund internationaler Abkommen (Aarhus-Konvention) ohnehin zustehen muss.

Dann und wann veröffentlicht die Atommüllbehörde also ein paar Verfahrensunterlagen, die sie für relevant hält. Außerdem können Betroffene drei Mal im gesamten Verfahrenszeitraum von mindestens 14 Jahren Stellungnahmen und Wortmeldungen abgeben, die im Zweifel einfach nur behördlich abgeheftet werden. Mehr nicht! Mit Partizipation hat das wenig zu tun.

Echte Beteiligung aber beginnt in Theorie und Praxis mit Mitbestimmung. Nur so

Fotografie: Dennis Mallow, Thinkit



Herr Buser, Sie befassen sich seit vielen Jahren mit der Atommüll-Frage. Was denken Sie, wird Deutschland 2031 einen Atommüll-Lager-Standort haben?

Die gesamte Zeitplanung des deutschen Prozesses ist illusorisch. 2031 – das ist nicht umsetzbar. Wenn ein Projekt mit derartigen Planungsgrundsätzen startet, entsteht bei der Bevölkerung schnell der Eindruck, dass der Prozess nicht seriös ist. Die deutsche Standort-suche ist im Grunde eine Kopie des Schweizer Verfahrens. Ich rechne daher mit ähnlichen Problemen. Auch bei der Akzeptanz. Es reicht eben nicht, einfach nur geologische Suchkriterien zu definieren. Aus dem Konzept ergeben sich viele Schwierigkeiten, so dass es automatisch Widerstand geben wird. Nicht nur aus den Regionen, sondern auch aus der Wissenschaft.

Wo sehen Sie gravierende konzeptionelle Fehler? Die Methoden sind nicht ausgereift. Weder bei der Lagerung noch bei der Öffentlichkeitsbeteiligung. Die Behörden glauben, sie könnten die Beteiligung von oben organisieren und dann als Partizipation ausgeben. Das ist naiv. Eine

Marcos Buser, Geologe und Sozialwissenschaftler, arbeitet seit vier Jahrzehnten auf dem Gebiet der Lagerung von nuklearen und hochtoxischen Abfällen. Er war Mitglied in der schweizerischen Expertenkommission für nukleare Sicherheit und wurde zum Kritiker des dortigen Suchverfahrens.

Aufgabe wie die Atommüll-Lagerung ist an hohe Risiken und unvorstellbar lange Laufzeiten geknüpft. Das kann nur gemeinsam und unter ernsthafter Beteiligung der betroffenen Regionen funktionieren. Diese müssen als Partner in das Projekt eingebunden werden. Das bedeutet, dass die Betroffenen sich auch einbringen können müssen, wenn es um konzeptionelle Grundlagen des Prozesses und um Sicherheitsfragen geht.

Die Idee vom Atommüll-Bergwerk ist in der Umsetzung bislang jedes Mal gescheitert. Warum halten Staaten wie Deutschland dennoch an diesem Konzept fest?

Diese Debatte ist sehr ideologisiert. Die Geldgeber kamen immer aus der Atonwirtschaft und die staatlichen Behörden haben das Konzept nie richtig in Zweifel gezogen. Die Atomgemeinschaft folgt einer Herden-Mentalität. Leittiere prägen Denksstile. Die diesen Namen verdient, ist nicht vorhanden. Deshalb wird dieses alte vielfach gescheiterte Konzept nicht überdacht. Wenn es um die Auslotung neuer Lagerungsmöglichkeiten geht, begegnen wir einer unfassbaren Ideologisierung – überall auf der Welt.

hat sie Relevanz innerhalb der Entscheidungsprozesse. Doch Mitbestimmung kommt im Standortauswahlgesetz nicht vor.

Rechtsweg blockiert

Damit nicht genug: Das StandAG beschneidet die Klagerechte Betroffener massiv. Legalplanung lautet das verfassungsrechtlich höchst umstrittene Prinzip: Die Behörden führen zwar das Verfahren durch, der Bundestag trifft jedoch wesentliche Standortentscheidungen per Gesetz und schottet sie somit weitgehend vor Klagen durch Betroffene ab. Diese haben zwar dann noch die Möglichkeit vor das Bundes-

verfassungsgericht zu ziehen, sie müssen jedoch darlegen, dass die Standortentscheidung des Bundestages Grundrechte verletzt. Durch den Rechtsschutzentzug will der Staat Verfahrensverzögerungen verhindern. Ein Trugschluss.

Den Betroffenen an den potenziellen Atommülllager-Standorten wird dieses Verfahren in keiner Weise gerecht. Es ist kaum denkbar, dass die Menschen, die am Ende vielleicht das Atommüll-Risiko tragen sollen, sich mit einer passiven Rolle als Zuschauerinnen und Zuschauer abfinden, die ihnen der Staat zugedacht hat.

Allgemeines Stufenmodell der Partizipation:

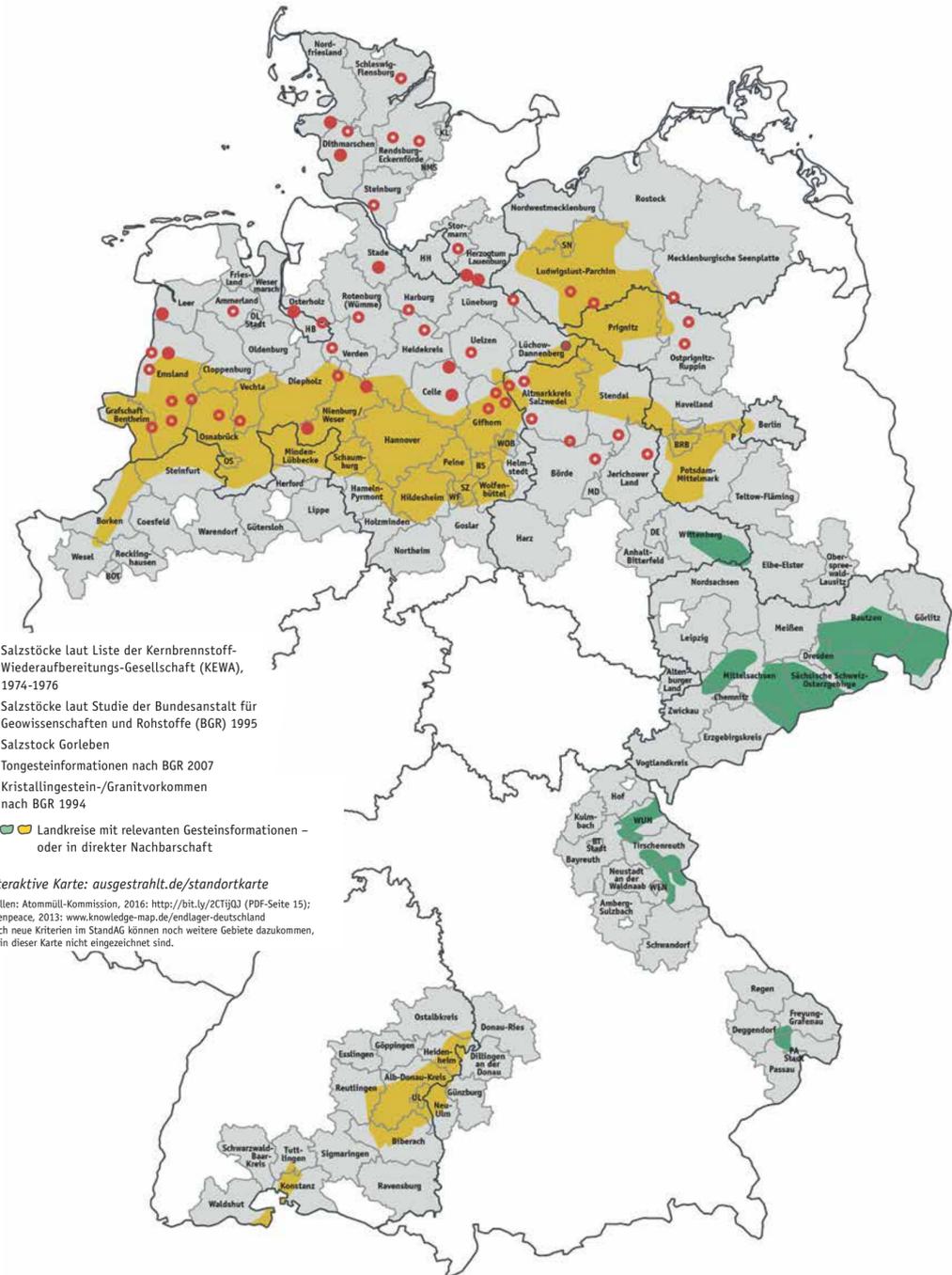


INTERVIEW

„Nicht ausgereift“

Wen kann es treffen?

Landkreise und kreisfreie Städte, die von der Standort-suche betroffen sein können, da es auf ihrem Gebiet oder in direkter Nachbarschaft entsprechende Gesteinsformationen gibt.



Interaktive Karte: ausgestrahl.de/standortkarte

Quellen: Atommüll-Kommission, 2016: <http://bit.ly/2CTijQ3> (PDF-Seite 15); Greenpeace, 2013: www.knowledge-map.de/endlager-deutschland. Durch neue Kriterien im StandAG können noch weitere Gebiete dazukommen, die in dieser Karte nicht eingezeichnet sind.

Laut Standortauswahlgesetz (StandAG) zeichnet sich das Suchverfahren für das tiefengeologische Atommüll-Lager durch besondere Transparenz aus. Doch die bisherige Praxis sieht anders aus: Zwar sammelt die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) schon seit 2017 geologische Daten und hat damit begonnen, die Auswahlkriterien anzuwenden. Aber welche Gebiete zu einem frühen Zeitpunkt ausgeschlossen werden und welche Regionen im Topf bleiben, wird erst 2020 veröffentlicht.

So soll verhindert werden, dass an zu vielen Orten Unruhe entsteht. Gleichzeitig bedeutet dies aber, dass diejenigen, die es trifft, viel weniger Zeit haben werden, sich in die Materie einzuarbeiten, um überprüfen zu können, ob Standortentscheidungen gerechtfertigt sind oder nicht.

Denn solange die Behörden noch keine Landkarte mit den Regionen veröffentlicht haben, die grundsätzlich den Kriterien des Gesetzes entsprechen, weiß niemand mit Sicherheit, ob er oder sie betroffen sein könnte.

Deshalb hat „ausgestrahl“ recherchiert, in welchen Landkreisen und kreisfreien Städten – oder in deren direkter Nachbarschaft – nach bisherigen Forschungen Salz-, Ton- und Kristallingestein in einer Form vorkommen, die es nicht ausschließt, dass dort künftig Atommüll eingelagert wird. Diese Regionen sind in der nebenstehenden Karte eingezeichnet, damit jede*r nachsehen kann, ob er/sie betroffen ist.

Hinweis: Es können am Ende durchaus auch Gebiete betroffen sein, die in

dieser Karte nicht eingezeichnet sind. Denn die Behörden werten geologische Daten aus ganz Deutschland neu aus. Zudem ist bisher auch noch nicht absehbar, ob neben oberflächennahen Kristallin-Vorkommen (wie sie in den bisherigen Forschungen eine Rolle spielten und daher auch auf der Karte eingezeichnet sind) auch solche infrage kommen, die in tieferen Schichten liegen. Dann wären zusätzlich zahlreiche Gebiete in der Mitte des Landes (in Nord-Süd-Richtung) betroffen.

WUSSTEN SIE, DASS ...



... die oberirdischen Zwischenlager-Hallen nicht gegen den Absturz eines großen Verkehrsflugzeugs oder den Beschuss mit panzerbrechenden Waffen ausgelegt sind?



... nach all den Fehlschlägen in der Vergangenheit (Asse, Morsleben) inzwischen Stand der Wissenschaft ist, strahlende Abfälle nicht in alten Bergwerken zu lagern – der schwach- und mittelradioaktive Atommüll aber trotzdem ab 2027 im ehemaligen Eisenerz-Bergwerk Schacht Konrad (im niedersächsischen Salzgitter) eingelagert werden soll?

... alle 16 Zwischenlager für hochradioaktiven Atommüll ab 1. Januar 2019 in staatlicher Hand sind – die AKW-Betreiber den Müll damit also endgültig losgeworden sind?



... der Standort Gorleben 1977 ausgewählt wurde, weil er nahe an der innerdeutschen Grenze lag? Der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU), der damals die Entscheidung traf, sagte zur Begründung: „Da werden sich die Ostzonen schön ärgern.“



... es in der Atommüll-Kommission, die 2014 bis 2016 Empfehlungen zur Überarbeitung des StandAG erarbeitet hat, entgegen offizieller Darstellungen keinen „weitgehenden Konsens“ gab, sondern Vertreter*innen von Industrie, Wissenschaft, Bundestag, Bundesländern und Umweltorganisationen mit dem Ergebnis nicht einverstanden waren?

Organisiert Euch!

Ein schlechtes Atommüll-Lager lässt sich nur verhindern, wenn Betroffene sich rechtzeitig aktiv einmischen.

Bei dem vom Bundestag beschlossenen und im Standortauswahlgesetz (StandAG) beschriebenen Suchverfahren kann einiges schiefgehen: Mal angenommen, die Tiefenlagerung ist kein gutes Konzept – schließlich sind bisher nahezu alle Atommüll-Bergwerke havariert. Mal angenommen, der immense Zeitdruck im Verfahren führt dazu, dass Sicherheitsbedenken nicht ernst genommen werden. Mal angenommen, die vagen geologischen Kriterien im StandAG werden einfach darüber hinweg, weil sie das laut Gesetz dürfen.

Einbindung oder Unabhängigkeit?

In all diesen Fällen gibt es nur eine einzige Versicherung gegen ein schlechtes Atommüll-Lager, das kommende Generationen massiv gefährden würde: Der Protest und Widerstand der Bevölkerung. Denn dass sich unsinnige Atomprojekte verhindern lassen, zeigt

die Geschichte von Wyhl, Wackersdorf, Kalkar und Gorleben.

Es wird also spannend: Lassen sich die betroffenen Regionen in die behördengesteuerten „Beteiligungsformate“ des StandAG einbinden – in Gremien, die viel reden können, aber nichts zu sagen haben? Oder organisieren sie sich unabhängig davon? Gelingt es, dass sich die Menschen von möglichst vielen potenziellen Standorten vernetzen, nicht gegeneinander arbeiten, sondern solidarisch ihre gemeinsamen Interessen artikulieren und dafür auf die Straße gehen?

Je früher Betroffene sich zusammenschließen und aktiv werden und in je mehr potenziellen Standortregionen sie dies tun, umso größer ist ihre Chance, zu einer machtvollen Stimme in der Auseinandersetzung um das StandAG zu werden. Darauf zu hoffen, dass der Kelch am eigenen Wohnort vorüber geht, macht keinen Sinn, denn wenn nach der zweiten Phase des Suchverfahrens nur noch wenige Gebiete übrig sind, wird es viel schwieriger, Solidarität zu finden.

.ausgestrahlt unterstützt lokale Gruppen dabei, die Bevölkerung mit kritischen Informationen über das offizielle Standortauswahlverfahren zu versorgen.

.ausgestrahlt fordert:

.ausgestrahlt streitet dafür, dass kein weiterer Atommüll produziert wird. Darüber hinaus wollen wir verhindern, dass es zu einem unsicheren Atommüll-Lager kommt, nur weil bei der Suche übertriebener Zeitdruck herrscht, Geld gespart werden soll, politische Interessen schwerer wiegen als wissenschaftliche Erkenntnisse oder weil die Bedenken der Betroffenen nicht ernst genommen werden.

Deswegen fordern wir, das angelaufene Suchverfahren abzubrechen und zuerst eine gesellschaftliche Verständigung über die Regeln für ein neues Verfahren unter gleichberechtigter Einbeziehung der (potenziell) Betroffenen zu erarbeiten. Denn diejenigen, bei denen der Müll am Ende landet, sind mit ihren Interessen und Bedenken der beste Garant für größtmögliche Sicherheit.

Was tun? Was tun!

Wirksames Engagement entsteht aus vielen kleinen Teilen. Mit folgenden Tipps können Sie dazu beitragen.

SIE WOLLEN MEHR ERFAHREN?



Wenn Ihnen die Informationen in dieser Zeitung nicht ausreichen, gibt es eine ganze Reihe weiterer Möglichkeiten, sich schlau zu machen:

Auf ausgestrahlt.de/standag finden Sie ausführliche Hintergrundinformationen, die laufend erweitert werden. Im Onlineshop ausgestrahlt.de/shop gibt es Print-Materialien zum Thema, vom Flyer für den kurzen Einstieg über eine handliche Broschüre bis zum Reader mit mehr als 100 Seiten. Weitere Publikationen sind in Vorbereitung. Manches kann auch mit dem Rückmeldeabschnitt auf dieser Seite bestellt werden. Das .ausgestrahlt-Magazin und der E-Mail-Newsletter halten Sie auf dem Laufenden, nicht nur über die Standortsuche, sondern auch über andere atompolitische Themen. Kostenlose Abos können Sie auf ausgestrahlt.de oder mit dem Rückmeldeabschnitt bestellen.

SIE WOLLEN ANDERE INFORMIEREN?



Wenn Sie der Meinung sind, auch ihre Mitmenschen sollten über die Standortsuche für ein Atommüll-Lager informiert werden, dann fangen Sie jetzt damit an:

Bestellen Sie weitere Exemplare dieser Atommüll-Zeitung und andere kostenlose Materialien aus dem .ausgestrahlt-Shop online oder mit dem Rückmeldeabschnitt und streuen Sie diese in Ihrem Umfeld.

Organisieren Sie eine Informationsveranstaltung und laden eine Referentin oder einen Referenten von .ausgestrahlt ein.

SIE WOLLEN AKTIV WERDEN?



Wenn Sie sich direkt in die Auseinandersetzung um die Atommüll-Lagerung einmischen wollen, dann werden Sie aktiv:

Reden und schreiben Sie mit! Ein Leser*innenbrief oder -kommentar rückt so manchen beschönigenden Artikel über die Standortsuche in ein anderes Licht.

Unterschreiben Sie die Forderung, echte Mitbestimmung bei der Suche nach einem Atommüll-Lager einzuführen und sammeln Sie weitere Unterschriften. Unterschriftenlisten gibt es bei .ausgestrahlt.

Schließen Sie sich mit anderen zusammen! Eine örtliche Bürger*innen-Initiative kann Einfluss auf die Debatte nehmen.

SIE WOLLEN KRITISCHE STIMMEN STÄRKEN?

Die staatlichen Akteure der Standortsuche geben Millionen aus, um das Suchverfahren mit aufwendiger Öffentlichkeitsarbeit schönzureden. .ausgestrahlt hält mit Ihrer Unterstützung dagegen: Mit guten Argumenten, Ideen und Aktionen. Das braucht auch finanziell einen langen Atem. Ihre Spende sichert diesen – ob klein oder groß, einmalig oder regelmäßig. Vielen Dank!

Spendenkonto:

.ausgestrahlt e.V.
IBAN: DE 5143 0609 6720 0930 6400
BIC: GENO DEM1 GLS
GLS-Bank

Oder online unter ausgestrahlt.de/spenden



STIFTUNG ATOMERBE

.ausgestrahlt bereitet derzeit die Gründung der „Stiftung Atomerbe“ vor. Die Stiftung soll langfristig kritische Expertise und kritisches Handeln gegen unsichere Atommüll-Projekte und schlecht gemachte Atommüll-Politik unterstützen. Wenn Sie mehr über die Stiftung erfahren möchten oder sogar mit dem Gedanken spielen, selbst als Stifter*in beizutreten, dann melden Sie sich bitte unter atomerbe@ausgestrahlt.de

» Ausfüllen, ausschneiden und einsenden an .ausgestrahlt, Große Bergstr. 189, 22767 Hamburg oder faxen an 040 - 2531 89 44 oder schreiben Sie eine E-Mail an info@ausgestrahlt.de «

INFORMIEREN, PROTESTIEREN, SOLIDARISIEREN ...

Vor- und Nachname: _____

Straße, Nr.: _____

PLZ, Ort: _____

E-Mail: _____

Ich bestelle:

- Exemplare dieser vierseitigen Atommüll-Zeitung
- Broschüren „Atommüll-Lager per Gesetz – kritische Anmerkungen zum Standortauswahlverfahren“, DIN A6, 48 Seiten
- Flyer „Ene, mene, muh ... – Der Staat sucht ein Atommüll-Lager“, DIN lang, achtseitig
- Listen zum Sammeln von Unterschriften

Hinweise: Infomaterial ist kostenlos. Für Porto und Verpackung berechnen wir pauschal 4,70 Euro. Alle Materialien (und noch mehr) gibt es auch online unter ausgestrahlt.de/shop

- Bitte schickt mir kostenlos den E-Mail-Newsletter von .ausgestrahlt (erscheint etwa alle 14 Tage)
- Bitte schickt mir kostenlos das .ausgestrahlt-Magazin (erscheint viermal im Jahr)
- Bitte nehmt Kontakt mit mir auf. Ich überlege, bei mir vor Ort eine Informations-Veranstaltung zum Thema Standortsuche zu organisieren.

.ausgestrahlt sammelt Unterschriften zu folgender Erklärung. Bisher haben schon über 4.000 Personen unterschrieben:

Unser Veto: Kein Atommüll-Lager ohne Mitbestimmung!

Bis 2031 soll der Bundestag laut Standortauswahlgesetz (StandAG) den Ort bestimmen, an dem der hochradioaktive Müll aus deutschen Atomkraftwerken dauerhaft lagern wird. Das Gesetz verwehrt den betroffenen Anwohnerinnen und Anwohnern ihr Recht auf Mitbestimmung. Doch wenn die Betroffenen nicht mitentscheiden dürfen, ist dieses Projekt zum Scheitern verurteilt: Zu groß ist die Gefahr, dass einfach der politisch opportuniste Standort ausgewählt wird. **Ich fordere: Mitbestimmung für Betroffene an den potenziellen Standorten im Suchprozess für ein Atommüll-Lager!** Die Menschen, die am Ende mit dem Risiko leben müssen, dürfen nicht übergangen werden.

Ich unterzeichne die Erklärung

Unterschrift: _____

Wir empfehlen, den Newsletter zu abonnieren (hier links ankreuzen), damit Sie erfahren, wie es mit dieser Aktion weitergeht. Dann bitte auch E-Mail-Adresse angeben!

Datenschutz: .ausgestrahlt speichert und verarbeitet die von Ihnen angegebenen Daten nur zu den jeweils angegebenen Zwecken. Wir löschen die Daten, wenn der Zweck wegfällt – oder auf Ihren Wunsch hin (außer wenn gesetzliche Vorgaben dagegen sprechen). Weitere Infos gemäß Art. 13 DSGVO hier: ausgestrahlt.de/Datenschutz